

Stellungnahme der Kämmerei zum Bericht an den Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit .
08-F-25-0016 Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden

Berichtet wird über das Ausschreibungsverfahren zur Verpachtung der städtischen Verwaltungsjagdbezirke Rabenkopf, Schläferskopf, Klarenthal, Kellerskopf und Platte. Danach konnten nur drei der fünf ausgeschriebenen Reviere erfolgreich verpachtet werden.

Grundlage für die Verpachtung der städtischen Verwaltungsjagdbezirke ist der Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0042 vom 26.02.2008. Darin wurde festgelegt, dass die Verwaltungsjagd zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen ist und alle Reviere im städtischen Wald entsprechend der für alle Pächter geltenden Kriterien über die Verdingungsstelle zu verpachten sind. Im Beschluss wurde weiterhin festgelegt, dass ein Teilrevier von etwa 300 ha Größe von der Verpachtung ausgenommen werden soll, da es als Lehrrevier für Jungjäger dienen soll. In den Revieren Rabenkopf, Kellerskopf, Platte und Grauer Stein wurde die Jagd bisher durch Forstbeamte und Jagdgäste ausgeübt. Die Reviere Klarenthal und Schläferskopf sollten außerdem neu verpachtet werden.

Dezernat V/67 führt aus, dass die angebotenen Preise zwischen 14,00 € und 43,00 € je Hektar lagen. Dies entspricht den in der SV 09-V-67-0006 erklärten Erwartungen:

„Die Untergrenze liegt bei dem Revier Rabenkopf bei 18,00 €/Hektar, bei den Revieren Schläferskopf, Platte und Klarenthal bei 14,00 €/ Hektar, bei dem Revier Kellerskopf bei 20,00 €/ Hektar zzgl. 19% MwSt.“

Nicht verpachtet werden konnten die Reviere Schläferskopf und Rabenkopf. Diese seien Reviere am Stadtrand, stark frequentiert durch Erholungssuchende und somit schwer zu bejagen.

Es handelt sich lt. SV 09-V-67-0006 mit 485,50 und 310,37 Hektar um die zwei größten Reviere der Ausschreibung. Lediglich das Revier Klarenthal mit 310,00 Hektar hat eine ähnliche Dimension. Die bebotenen Reviere Kellerskopf mit 107,00 Hektar und Platte mit 143,5 Hektar zeigen eine erheblich kleinere Dimension. Es wäre zu prüfen, ob ein anderer Revierzuschnitt zu besseren Vergabeergebnissen führen könnte.

Wiesbaden, den 19.04.2009
3436 em

gez. Dr. Müller

Dr. Müller
Oberbürgermeister